

Antrag Nr.: 0038/2012/AN
Antragsteller: Grüne/gen.hd, FWV
Antragsdatum: 09.05.2012

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

Sachstandsbericht Präventionsangebote in der Altstadt

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. Dezember 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	28.06.2012	Ö		
Bezirksbeirat Altstadt	23.10.2012	Ö		
Jugendgemeinderat	20.11.2012	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2012	Ö		
Gemeinderat	18.12.2012	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 28.06.2012

Ergebnis: verwiesen in den Jugendgemeinderat

Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 23.10.2012

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Jugendgemeinderates vom 20.11.2012

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.12.2012

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 18.12.2012



Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Abbildung des Antrages:

FRAKTIONSGEMEINSCHAFT GRÜNE / GENERATION.HD

Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Poststr. 18-20
69115 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 914 66 14
Fax: +49 (6221) 914 66 12
fraktion@gruene-heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Bergheimer Str. 144
69115 Heidelberg
Tel: +49 (175) 4 17 05 23
info@generation-hd.de
www.generation-hd.de

Heidelberg, 09.05.2012

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Sachstandsbericht Präventionsangebote in der Altstadt

Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Sommerpause einen Sachstandsbericht

- über die Präventionsangebote in der Altstadt und
- über die Durchsetzung der bisher bereits vorhandenen gesetzlichen Regelungen (Jugendschutzgesetz, Gaststättengesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz etc.)

vorzulegen.

Begründung:
In der Vergangenheit wurden eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen, um dem nächtlichen Interessenskonflikt zwischen Anwohnern und Lärmbelästigungen durch Feiernde präventiv zu begegnen. Vor dem Hintergrund des landesweit diskutierten Alkoholverbots auf öffentlichen Plätzen, was als Lösung herangezogen werden soll, würden wir gerne wissen, was aus den Maßnahmen geworden ist und inwieweit der bisherige rechtliche Rahmen ausgeschöpft wird.

**gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd,
gezeichnet FWV**